# Chronologie

Christine Polsfuß

## 2006

### Juni

**01.-02. Juni**

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Der Rat Justiz und Inneres erzielt eine Einigung über eine Entscheidung zur Beweisaufnahme und über die zweite Generation des Schengener Informationssystems.

Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz: Der Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt eine Richtlinie über Lebensmittelzusatzstoffe an und erzielt eine politische Einigung über den Entwurf einer Verordnung zur Errichtung eines Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen, den Entwurf eines Beschlusses über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Jahr 2006 und den Entwurf eines Beschlusses über ein Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und Solidarität.

**02. Juni**

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Kommission legt einen Vorschlag über gemeinsame Visumantragstellen für die EU und die Aufnahme biometrischer Identifikatoren ins Visa-Informationssystem vor.

**07. Juni**

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen führt eine Aussprache über die Berichte der Kommission und der Europäischen Zentralbank zu den Fortschritten Litauens und Sloweniens hinsichtlich der Konvergenzkriterien mit Blick auf die Wirtschafts- und Währungsunion durch. Der Rat beschließt, dem Europäischen Rat auf seiner Tagung im Juni 2006 zu empfehlen, Slowenien zu gestatten, ab dem 01.01.2007 den Euro einzuführen.

Umwelt: Die Europäische Kommission stellte das Grünbuch „Die künftige Meerespolitik der Europäischen Union: eine europäische Vision für Ozeane und Meere“ vor und eröffnet damit öffentliche Konsultationen zum Thema Meerespolitik.

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Kommission nimmt das Strategiepapier „Europa in der Welt: Praktische Vorschläge für mehr Kohärenz, Effizienz und Sichtbarkeit“ an.

**08.-09. Juni**

Verkehr, Telekommunikation und Energie: Der Rat der EU unterzeichnet mit den Verkehrsministern der südosteuropäischen Partnerstaaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Rumänien, Serbien, Montenegro und Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo) sowie Islands und Norwegens ein Übereinkommen über die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums. Gleichzeitig verabschiedet der Rat die Nahverkehrsrichtlinie und einigt sich auf ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Fahrzeugsicherheit und der Sicherheit der Straßeninfrastruktur. Der Rat der EU-Energieminister debattiert über das von der Kommission im März 2006 veröffentlichte Grünbuch zur Energiepolitik.

**12. Juni**

Erweiterung/Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen einigt sich im Rahmen der Beitrittskonferenzen auf gemeinsame Standpunkte auf bestimmte Kapitel der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei. Er billigt die Unterzeichnung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit Albanien. Er beschließt, eine militärische EU-Operation zur Unterstützung der Mission der Organisation der Vereinten Nationen (MONUC) während der

Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo einzuleiten sowie die integrierte EU-Mission zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak bis zum 31.10.2006 zu verlängern.

**13. Juni**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Kommission beschließt die Entsendung einer EU-Wahlbeobachtungsmission zu den Parlamentswahlen am 02.06. 2006 in Bolivien und zur zeitgleich stattfindenden Volksabstimmung über regionale und autonome Wahlen.

**15. Juni**

Landwirtschaft: Die Europäische Kommission verabschiedet einen EU-Forstaktionsplan.

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Kommission entsendet eine EU-Wahlbeobachtungsmission zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Mexiko am 02.06.2006.

**15.-16. Juni**

Europäischer Rat: Beim Europäischen Rat in Brüssel stehen die Zukunft der europäischen Verfassung, das Haager Programm und die Erweiterung im Vordergrund der Gespräche. Der Europäische Rat einigt sich darauf, die Reflexionsphase über die Zukunft der Verfassung bis 2007 zu verlängern. Zudem beschließt er, das Kriterium „Aufnahmefähigkeit der EU“ bei weiteren Erweiterungsrunden deutlich aufzuwerten.

**16. Juni**

Euro: Der Rat der EU nimmt die Empfehlung der Kommission, Slowenien den Beitritt zum Eurowährungssystem ab dem 01.01.2007 zu gestatten, an.

**19.-20. Juni**

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei nimmt eine Bestimmung zum Europäischen Fischereifon 2007-2013 an.

**21. Juni**

Transatlantische Beziehungen: Im Rahmen des EU-USA-Gipfels in Wien wird eine Vereinbarung zur Förderung der Zusammenarbeit bei der Hochschul- und Berufsbildung unterzeichnet.

**22. Juni**

Landwirtschaft: Die Kommission schlägt eine Reform der geltenden Bestimmungen im Weinsektor vor.

**27. Juni**

Die Rolle der Union in der Welt: Vertreter der EU und Grönlands unterzeichnen ein neues Partnerschaftsabkommen.

Umwelt: Der Rat der EU-Umweltminister verabschiedet einen Gemeinsamen Standpunkt zum Finanzierungsinstrument für die Umweltpolitik LIFE+.

**28. Juni**

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts: Die Kommission legt eine politische Bewertung des Haager Programms vor.

Euro: Die Kommission schlägt einen Euro-Umrechnungskurs für Slowenien vor, das den Euro zum 01.01.2007 einführen soll.

**29. Juni**

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat legt nach der ersten Lesung im Europaparlament seinen Gemeinsamen Standpunkt zur Chemikalienrichtlinie REACH fest.

Telekommunikation: Die Kommission legt Pläne zur Förderung des Wettbewerbs zwischen Telekommunikationsbetreibern und für die Schaffung eines einheitlichen Marktes für auf Funk basierende Dienste vor.

Entwicklungspolitik: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für ein Finanzierungsinstrument zur Entwicklungshilfe an, das die geltende Regelung „Europäische Initiative für Menschenrechte und Demokratie – EIDHR“ ersetzen soll.

Außenwirtschaftspolitik: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen trifft sich zu einer Sondertagung zur Vorbereitung auf das Treffen des Allgemeinen Rates der WTO im Rahmen der Doha-Verhandlungsrunde.

**30. Juni**

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Der Rat nimmt einen Gemeinsamen Standpunkt im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens an.

Erweiterung/Südosteuropapolitik: Der Rat nimmt einen Beschluss an, mit dem der Abschluss eines Abkommens mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über ihre Beteiligung an der militärischen Krisenbewältigungsoperation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina (Operation ALTHEA) gebilligt wird.

## Juli

**01. Juli**

Ratspräsidentschaft: Der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel übergibt die Ratspräsidentschaft turnusgemäß an den finnischen Premier Matti Vanhanen. Die Schwerpunkte der finnischen Ratspräsidentschaft liegen auf den Themen Beschäftigung und Soziales, Zukunft der EU, Vorbereitung der Beitritte von Bulgarien und Rumänien, die Chemikalienrichtlinie REACH und bessere Rechtssetzung in der EU.

Umwelt: Ein EU-weites Verbot für gefährliche Stoffe in Elektro- und Elektronik-Geräten tritt in Kraft.

**03. Juli**

EU-Russland: Die Europäische Kommission nimmt einen Entwurf für Verhandlungsrichtlinien für ein neues Abkommen zwischen der EU und Russland an. Das Abkommen soll das bisherige Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland ersetzen.

**04. Juli**

Regionalpolitik: Das Europäische Parlament verabschiedet fünf Rechtsakte zur Regionalpolitik. Diese enthalten Bestimmungen für die Programmplanung und die Kontrolle der Kohäsionspolitik sowie für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit.

Kinderrechte: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zu einer EU-Kinderrechtsstrategie an.

**06. Juli**

Südosteuropapolitik: Die Kommission empfiehlt dem Rat nach der Unabhängigkeitserklärung Montenegros die Fortsetzung getrennter Verhandlungen über Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Montenegro und mit Serbien.

Terrorismusbekämpfung: Die Kommission trifft eine Entscheidung zur Finanzierung von Hilfsmaßnahmen für Terrorismusopfer.

Verkehr: Die Europäische Kommission nimmt zwei Verordnungen zur Interoperabilität der europäischen Flugverkehrsmanagementsysteme an.

**06.-08. Juli**

Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz: Der Rat Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz befasst sich auf einer informellen Tagung mit den Themen demographischer Wandel, Globalisierung und Schutz am Arbeitsplatz.

**08. Juli**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommission und Vertreter der Fußballweltorganisation FIFA unterzeichnen ein Memorandum of Understanding für Afrika, die Karibik und die pazifischen Länder.

**10. Juli**

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Kommission beschließt Unterstützungsmaßnahmen für Mauretanien zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung in die EU.

**10.-11. Juli**

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen beschließt die Einführung des Euro in Slowenien zum 01.01.2007.

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat Wettbewerbsfähigkeit erörtert auf einer informellen Tagung das Thema Innovationen.

**11. Juli**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommission liefert nach der Einstellung der finanziellen Unterstützung an die Hamas im April als erste Aktion des „zeitlich befristeten internationalen Mechanismus" (TIM) Energie an palästinensische Krankenhäuser.

Kommissionspräsident José Manuel Barroso nimmt am Treffen der G-8-Staatschefs in St. Petersburg teil.

**12. Juli**

Binnenmarkt: Die Kommission legt einen Vorschlag für eine EU-Verordnung vor, mit der die Roaminggebühren bei der Mobilfunknutzung im Ausland gesenkt werden sollen.

Umwelt: Die Kommission schlägt eine EU-Strategie für den sichereren Einsatz von Pestiziden vor.

**13. Juli**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Kommission billigt einen Vorschlag für eine Infrastruktur-Partnerschaft zwischen der EU und Afrika. Die Prioritäten der Partnerschaft liegen in den Bereichen Landverkehr, Energie, Wasser, Informationstechnologie und Telekommunikationsnetze.

**14. Juli**

Haushalt: Der Rat einigt sich auf den Haushaltsvorschlag 2007.

**15.-16. Juli**

Umwelt: Die EU-Umweltminister planen auf einer informellen Ratstagung eine neue europäische Umweltstrategie.

**17. Juli**

Binnenmarkt: Die Kommission veröffentlicht ein Grünbuch zu rechtlichen Fragen bei verheirateten und unverheirateten Paaren und leitet damit einen öffentlichen Konsultationsprozess über das Thema ein. Gleichzeitig legt sie einen Legislativvorschlag zum Scheidungsrecht vor.

**17. Juli**

Erweiterung: Der Rat genehmigt ein neues Instrument zur Verwaltung der EU-Finanzhilfe für Beitrittskandidaten und Anwärter auf EU-Mitgliedschaft.

**17.-18. Juli**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Auswärtiges erörtert auf einer Tagung die Themen Naher Osten, Iran, Kosovo und Sudan.

**18. Juli**

Umwelt: Die Kommission legt Vorschläge zum Schutz der Gewässer in der EU vor.

Verkehr: Die Europäische Kommission schlägt Maßnahmen zur Steigerung des Wettbewerbs im Luftverkehr vor.

Landwirtschaft: Der Rat der EU-Landwirtschaftsminister erörtert das Thema Weinsektor der EU und tauscht sich über die Landwirtschaftsgespräche der Doha-Runde der WTO aus.

**19. Juli**

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Kommission veröffentlicht eine Bestandsaufnahme der betsehenden EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung.
Binnenmarkt: Die Kommission verabschiedet Leitlinien über staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikokapitalinvestitionen in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

**20. Juli**

Südosteuropapolitik: Die Kommission empfiehlt dem Rat die Aushandlung von Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen mit den westlichen Balkanstaaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Rumänien, Serbien und Montenegro und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo).

**24. Juli**

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat Wettbewerbsfähigkeit eine Einigung über das Siebte Rahmenprogramm Forschung und technologische Entwicklung.

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Der Rat der europäischen Justiz- und Innenminister trifft sich zu Gesprächen über das Haager Programm und die Migrationspolitik der EU.

## August

**01. August**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen tritt in einer außerordentlichen Tagung in Brüssel zu Gesprächen über den Libanonkrieg zusammen. Die Außenminister unterstreichen ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Bemühungen der Vereinten Nationen um die Konzipierung eines politischen Rahmens für eine dauerhafte, von allen Parteien mitgetragene Lösung, die eine Grundvoraussetzung für den Einsatz einer internationalen Truppe sei. Eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten erklärt sich bereit, gemeinsam mit internationalen Partnern einen Beitrag zu einem derartigen Einsatz zu leisten.

**08. August**

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Die Kommission legt einen Fünfjahres-Aktionsplan zum Aufbau einer EU-Kriminal- und Strafverfolgungsstatistik vor und setzt eine Expertengruppe ein.

**25. August**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen nimmt bei einer außerordentlichen Tagung in Brüssel Schlussfolgerungen zum Libanon sowie zur Demokratischen Republik Kongo an und hört einen Bericht des Hohen Vertreters, Javier Solana, über den Iran.

**29. August**

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates an, der es EU-Bürgern, die in einem anderen Mitgliedstaat einer Straftat verdächtigt werden, erlaubt, bis zur Hauptverhandlung in ihren Heimatmitgliedstaat zurückzukehren und sich dort der Aufsicht der Behörden zu unterstellen.

## September

**01.-02. September**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Außenminister der EU kommen zu einem informellen Treffen (Gymnich) zusammen. Im Zentrum der Diskussionen stehen der Nahe Osten und Russland.

**04. September**

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit / Zoll: Die Kommission nimmt ein Grünbuch über Detektionstechnologien und ihre Anwendung durch Strafverfolgungs-, Zoll- und andere Sicherheitsbehörden an. Das Grünbuch soll den öffentlichen und den privaten Sektor zu einer engeren Zusammenarbeit bewegen und den Mitgliedstaaten bei der Auswahl der besten auf dem Markt vorhandenen Ausrüstung zum niedrigst möglichen Preis helfen.

**05. September**

Bildung: Die Kommission nimmt einen Vorschlag zur Einrichtung des Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen an.

**06. September**

Umwelt: Die Kommission stellt eine langfristige Umweltstrategie zur Säuberung und zum Schutz des Mittelmeerraums vor.

**08.-09. September**

Wirtschaft und Finanzen: Die Minister kommen zu einem informellen Econfin-Treffen zusammen. Gesprächsthemen sind die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte von Energie, Fragen der Finanzmärkte und die Globalisierung.

**09. September**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Spitzenvertreter der EU und der Präsident der Republik Korea, Roh Moo-hyun, kommen zum dritten EU-Korea Gipfeltreffen zusammen.

EU-China: In Helsinki findet der 9. EU-China Gipfel statt. Kommissionspräsident José Manuel Barroso und die Kommissarin für Außenpolitik, Benita Ferrero-Waldner, verhandeln mit dem chinesischen Pre-

mierminister, Wen Jiabao, über die Stärkung der Zusammenarbeit. Weitere Gesprächsthemen sind Umwelt, Klimawandel, Rückübernahme, Menschenrechte, Energiesicherheit sowie wirtschafts- und handelspolitische Fragen.

**10.-11. September**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Staats- und Regierungschefs der EU und 13 asiatischer Länder sowie der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, kommen in Helsinki zum 6. Asien-Europa-Treffen (ASEM) zusammen. Gesprächsthemen sind vor allem die Globalisierung, die Stärkung des Multilateralismus, die Bewältigung von Sicherheitsbedrohungen, die nachhaltige Entwicklung, der Dialog der Kulturen, regionale und internationale Entwicklungen und die Erweiterung des ASEM.

**11. September**

Kommunikation / Subsidiarität: Die Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente (COSAC) findet in Helsinki statt. Auf diesem Treffen verkündet Margot Wallström, die Kommissarin für institutionelle Beziehungen und Kommunikation, dass die Dokumente der Kommission ab sofort direkt an die nationalen Parlamente übermitteln werden. Damit wird dem in der auf Eis liegenden Verfassung verankerten Subsidiaritätsprinzip ähnlicher Mechanismus ohne eine Vertragsreform implementiert.

**12. September**

Regionalpolitik: Die Kommission beschließt die jährliche Aufteilung der Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums auf die 25 Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2007-2013.

**14. September**

Nachbarschaftspolitik: Der 10. EU-Ukraine Kooperationsrat trifft sich zu Beratungen in Brüssel. Gegenstand der Gespräche sind Rechtstaatlichkeit, Menschenrechte, Energie, Reaktorsicherheit, Handel, wirtschaftliche Fragen, Umwelt und Außen- und Sicherheitspolitik.

**15. September**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen kommt zu Gesprächen über den israelisch-palästinensischen Konflikt, die Lage im Libanon, das iranische Nuklearprogramm, die Sicherheitslage und die humanitäre Situation in Darfur und die Demokratische Republik Kongo zusammen. Ferner setzt er ein EU-Team zur Mitwirkung an den Vorbereitungen für eine internationale zivile Mission im Kosovo ein. Schließlich nimmt der Rat einen Beschluss zur Änderung seiner Geschäftsordnung an, welcher mehr Offenheit und Transparenz bei seinen Beratungen über Rechtsetzungsakte der EU zum Ziel hat.

**18. September**

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei kommt zu einer formellen Sitzung zusammen. Gesprächsthemen sind die Reform des Weinsektors und die Richtlinie über den Führerschein.

**20. September**

Landwirtschaft und Fischerei: Die Kommission schlägt eine grundlegende Reform der Beihilferegelung zugunsten der Bananenerzeuger vor.

**20.-22. September**

Justiz und Inneres: In Tampere findet ein informelles Ministertreffen Justiz und Inneres statt. Die Minister diskutieren über konkrete Prioritäten des Haager Programms.

**22. September**

Umwelt: Die Kommission schlägt eine Strategie zum Schutz der Böden in Europa vor. Diese soll gewährleisten, dass die Böden Europas gesund bleiben und weiterhin in der Lage sind, ihre Funktionen für die Tätigkeiten des Menschen und die Ökosysteme zu erfüllen.

**25. September**

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat Wettbewerbsfähigkeit nimmt eine Gemeinsame Position zum 7. Forschungsrahmenprogramm der Gemeinschaft (2007-2013) an. Er erzielt zudem Einigung über ein Gemeinschaftsprogramm im Bereich des Verbraucherschutzes (2007-2013). Weitere Themen der Gespräche sind ein Richtlinienentwurf über Nennfüllmengen für Erzeugnisse in Fertigpackungen, das ITER-Fusionsenergieprojekt, das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ und der Entwurf einer Verordnung über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („ROM II“).

**26. September**

Erweiterung: Die Kommission nimmt ihren Monitoring-Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens an. Darin bestätigt sie den EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum 1. Januar 2007 mit strengen Begleitmaßnahmen.

## Oktober

**02.-04. Oktober**

Nachbarschaftspolitik: Die EU Troika besucht Armenien, Georgien und Aserbaidschan. Im Zentrum der Gespräche stehen die Aktionspläne der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

**04. Oktober**

Landwirtschaft und Fischerei: Die Kommission entscheidet über die indikative Aufteilung der aus dem Europäischen Fischereifonds verfügbaren Mittel auf die Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2007-2013.

Wettbewerbsfähigkeit: Die Kommission legt eine neue Strategie vor, mit der die Handelspolitik der Union in die EU-Agenda für Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsreformen eingebunden werden soll.

**05. Oktober**

Verkehr: Die Kommission verabschiedet zwei Richtlinienvorschläge für mehr Sicherheit auf Europas Straßen. Diese sehen Infrastrukturmaßnahmen und eine höhere Qualität in der Bauausführung für Hauptstraßen und die Nachrüstung schwerer Nutzfahrzeuge mit Weitwinkelspiegeln vor.

Verkehr / Sicherheitspolitik: Die Kommission verabschiedet eine Verordnung, mit der Beschränkungen für die Flüssigkeiten eingeführt werden, die Fluggäste in den Bereich hinter die Sicherheitskontrollstellen und bis ins Flugzeug mitnehmen dürfen.

**05.-06. Oktober**

Justiz und Inneres: Der Rat Justiz und Inneres berät über das Schengener Informationssystem II (SIS II) und SIS 1+ sowie die Verstärkung der südlichen Seeaußengrenzen. Darüber hinaus nimmt er eine Entscheidung über die Einrichtung eines Mechanismus zur gegenseitigen Information über asyl- und einwanderungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten, eine Verordnung zur Regelung des kleinen Grenzverkehrs an den Landaußengrenzen der Mitgliedstaaten sowie eine Verordnung zur Einführung eines Antidumpingzolls auf Lederschuhe aus China und Vietnam an.

**06. Oktober**

Regionalpolitik: Die Kommissarin für Regionalpolitik, Danuta Hübner, stellt einen neuen Leitfaden für die Kohäsionspolitik 2007-2013 vor. Dieser soll den Regionen helfen, ihr Vorgehen im Bereich der Innovation zu verbessern und fortzuentwickeln.

**10. Oktober**

Wirtschaft und Finanzen / Euro: Der Rat Wirtschaft und Finanzen kommt zu Gesprächen über das aktualisierte Konvergenzprogramm Ungarns, die Defizitverfahren gegen Großbritannien und Deutschland, die Verringerung des Verwaltungsaufwands für Unternehmen, die Qualität der öffentlichen Finanzen und die bestmögliche Nutzung des Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums zusammen.

Die Rolle der Union in der Welt: In der Republik Kongo findet das 7. Troika Treffen zwischen der EU und Afrika statt.

Transparenz: Im Rahmen der Europäischen Transparenzinitiative veröffentlicht die Kommission in Zukunft auf ihrer Webseite Informationen über EU-Finanzhilfen und -Aufträge.

**12. Oktober**

Transport, Telekommunikation und Energie: Der Rat Transport, Telekommunikation und Energie führt die Errichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation für den Zeitraum 2007-2013 ein. Ferner beraten die Minister über die Sicherheit der zivilen Luftfahrt, das Programm Galileo, das Programm Marco Polo II und die Alpenkonvention.

**13. Oktober**

Die Rolle der Union in der Welt: In Helsinki findet der EU-Indien Gipfel statt. Zentrales Ziel des Treffens ist die Festigung der strategischen Partnerschaft. Gesprächsthemen sind unter anderem Handelspolitik, Energie- und Klimafragen, wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit, Bekämpfung des Terrorismus und die Lage im Nahen Osten.

**16.-17. Oktober**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen nimmt das Finanzinstrument für die Entwicklungsarbeit mit einem Budget von 17 Milliarden Euro und das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument mit einem Budget von 11,1 Milliarden Euro für den Zeitraum 2007-2013 an. Er bestätigt zudem die Verlängerung der Unterstützungsaktion der EU für die Mission der Afrikanischen Union im Sudan sowie der Mission der EU zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak bis zum Ende des nächsten Jahres. Ferner vereinbart der Rat die Unterzeichnung eines neuen Abkommens mit den USA über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften. Weitere Gesprächsthemen der Minister sind die Handelshilfe, die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe, Governance, der Iran, Nordkorea, die Beziehungen zwischen Georgien und der Russischen Föderation, Serbien und der Kosovo.

**18. Oktober**

Binnenmarkt: Die Kommission legt einen Vorschlag für die vollständige Öffnung der EU-Postmärkte für den freien Wettbewerb bis 2009 vor.

Forschung: Die Kommission nimmt einen Vorschlag zur Einrichtung eines Europäischen Technologieinstituts an.

**19. Oktober**

Umwelt / Energie: Die Kommission stellte ihren Aktionsplan für Energieeffizienz vor. Als Ziel nennt sie die Energieeinsparungen um 20 Prozent bis 2020.

Umwelt: Die Kommission genehmigt im Rahmen des Programms LIFE-Umwelt 2006 die Finanzierung von 50 weiteren innovativen Umweltprojekten in 14 Mitgliedstaaten in Höhe von insgesamt 66 Millionen Euro.

**20. Oktober**

Europäischer Rat: Die Staats- und Regierungschefs kommen zu einem informellen Treffen in Lahti zusammen. Hauptthemen des Gipfels sind die Innovationspolitik und die auswärtigen Energiebeziehungen der Union.

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommission schlägt eine EU-Strategie zur Förderung von Frieden, Sicherheit und Entwicklung am Horn von Afrika vor.

**23. Oktober**

Umwelt: Der Rat Umwelt nimmt einen Beschluss über restriktive Maßnahmen gegen einzelne belarussische Amtsträger, eine Verordnung über Kinderarzneimittel, eine Richtlinie über technische Vorschriften für Binnenschiffe und eine Verordnung zur Zivilluftfahrt an. Zudem billigt er eine Zusammenarbeit zwischen Eurojust und den Vereinigten Staaten von Amerika und erzielt eine politische Einigung über den Entwurf einer Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa.

**24. Oktober**

Europäische Kommission: Die Kommission verabschiedet ihr Arbeitsprogramm für 2007.

Gesundheit: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zum Thema Verringerung alkoholbedingter Schäden in Europa an.

EU-China: Die Kommission verabschiedet ihr Arbeitsprogramm für die Gestaltung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China in den nächsten Jahren.

**24.-25. Oktober**

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei erzielt eine politische Einigung über eine Verordnung zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und -bedingungen für bestimmte Fischbestände in der Ostsee für das Jahr 2007. Darüber hinaus beraten die Minister über die Reform des Weinsektors, die ökologische/biologische Erzeugung und den EU-Forstaktionsplan 2007-2011.

**25. Oktober**

Bildung: Das Europäische Parlament billigt das neue Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens. Für den Zeitraum 2007-2013 beträgt sein Gesamtbudget 7 Milliarden Euro. Zudem nimmt das Parlament das neue Programm „Jugend in Aktion“, welches für die Jahre 2007-2013 mit einem Budget von 885 Millionen Euro ausgestattet ist.

Innovation, Bildung und Kohäsion: Die Kommission legt ihren ersten Fortschrittsbericht über die Umsetzung des Lissabon-Programms vor.

**27. Oktober**

Nachbarschaftspolitik: In Helsinki findet das Gipfeltreffen zwischen der EU und der Ukraine statt. Gesprächsthemen sind die Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie die Pläne eines neuen verstärkten Abkommens zwischen der EU und der Ukraine, das eine Freihandelszone einschließen soll.

## November

**06. November**

Beschäftigung und Soziales: Die Kommission legt ihren Bericht „Beschäftigung in Europa 2006“ vor. Dieser besagt, dass die Arbeitslosigkeit in der EU im vergangenen Jahr um fast von 8,7 Prozent auf 9,1 Prozent gesunken ist.

**07. November**

Beschäftigung und Soziales: Der Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz kommt zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, um über Arbeitszeitgestaltungen zu beraten. Eine politische Einigung über die angestrebte Richtlinie kann nicht erreicht werden.

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen nimmt eine Verordnung über die Rückverfolgung von Geldtransfers und das Finanzinstrument zur Förderung der Stabilität im Rahmen des außenpolitischen Handelns der Europäischen Union in Höhe von 2 Milliarden Euro an. Weitere Gesprächsthemen sind die Gestaltung des Statistikwesens sowie zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

**08. November**

Die Rolle der Union in der Welt: In Brüssel findet das 7. Treffen des EU-Usbekistan Kooperationsrates statt.

Erweiterung: Die Kommission verabschiedet eine neue Erweiterungsstrategie der EU, die auch einen Sonderbericht über die Integrationsfähigkeit der EU umfasst. Der neue Erweiterungskonsens verbindet damit die Forderung, dass die Union in der Lage sein muss, ihre eigene Entwicklung fortzusetzen und zu vertiefen und gleichzeitig ihre Entwicklungsagenda weiter zu verfolgen mit einem Konzept zur Gewährleistung der Fähigkeit der EU zur Integration neuer Mitglieder.

**09.-10. November**

Kommunikation / Zivilgesellschaft: Beim Europäischen Forum der Zivilgesellschaft beraten mehr als 300 Vertreter der Zivilgesellschaft aus der gesamten EU sowie aus Bulgarien und Rumänien in Bergamo (Italien) über die Folgemaßnahmen auf europäischer Ebene zum Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik.

**13. November**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen beschäftigt sich insbesondere mit der Erweiterungsstrategie der EU. Die Minister beschließen zudem die Verlängerung eines Embargos für die Ausfuhr von Waffen nach Usbekistan, die Aufnahme von Verhandlungen mit fünf Ländern des westlichen Balkans über den Abschluss von Abkommen über Visa-Erleichterungen und Rückübernahme, die Aufnahme von Verhandlungen mit Südafrika über eine Revision des Abkommens über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit sowie die Verlängerung der Mission der EU zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah um weitere sechs Monate. Schließlich führt der Rat seine halbjährliche Überprüfung der Entwicklungen in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Anwesenheit der Verteidigungsminister durch.

Klima: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über den Zeitplan für die Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems ab 2013 an.

**13.-14. November**

Bildung, Jugend und Kultur: Der Rat einigt sich über den Entwurf über die Ausübung der Fernsehtätigkeit. Zudem legt er einen Gemeinsamen Standpunkt zu einem Aktionsprogramm der EU im Bereich Verbraucherschutz (2007-2013) fest.

**14. November**

Binnenmarkt: Die Kommission legt einen Vorschlag über die Senkung des Verwaltungsaufwands für die Unternehmen bis 2012 um 25 Prozent vor.

Nachbarschaftspolitik: In Brüssel finden die Kooperationsräte mit den drei Südkaukasusstaaten Aserbaidschan, Armenien und Georgien statt.

Die Rolle der Union in der Welt: Der Assoziationsrat EU-Jordanien und der Kooperationsrat EU-Südafrika kommen zu Gesprächen in Brüssel zusammen.

**15. November**

Binnenmarkt: Das Europäische Parlament nimmt in zweiter Lesung den Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie an.

**20. November**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommission nimmt mit der irakischen Regierung Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen auf.

**20.-21. November**

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei erzielt eine Einigung über die Verordnungsentwürfe über die zulässigen Gesamtfangmengen für Tiefseearten, Maßnahmen für die Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Mittelmeer und die elektronische Erfassung und Übermittlung von Daten über Fangtätigkeiten. Ferner sprechen die Minister über die Reform des EU-Bananensektors und über die Regelung für Energiepflanzen. Der Rat billigt zudem restriktive Maßnahmen gegen Nordkorea als Reaktion auf die Nukleartests.

**21. November**

Haushalt: Der Rat Wirtschaft und Finanzen erzielt eine politische Einigung über den Entwurf des EU-Gesamthaushaltsplans 2007.

Geodaten: Im Vermittlungsausschuss einigen sich Rat und Europäisches Parlament auf den Entwurf einer Richtlinie über die Errichtung einer europäischen Geodaten-Basis mit integrierten raumbezogenen Informationsdiensten (INSPIRE).

Nachbarschaftspolitik: Die Ukraine und Moldau unterzeichnen ein Abkommen über stärkere Zusammenarbeit an der gemeinsamen Grenze der beiden Länder. Die Abkommen sind das Ergebnis trilateraler Gespräche, die unter Einbeziehung der EU und der Zusammenarbeit beider Länder mit der EU-Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes (EUBAM) geführt werden.

**22. November**

Forschung: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über eine wirksamere steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung an.

**23. November**

Energie: Der Rat Transport, Telekommunikation und Energie kommt zu Gesprächen über Energieeffizienz und Energiekooperation zwischen der EU und den Anrainerstaaten des Schwarzen und Kaspischen Meers (Baku Initiative) zusammen.

**23.-24. November**

Verkehr / Die Rolle der Union in der Welt: In Neu Delhi findet der europäisch-indische Luftverkehrsgipfel statt.

**24. November**

EU-Russland: In Helsinki findet das Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und Russland statt. Im Zentrum der Gespräche stehen die wirtschaftliche Integration der Russischen Föderation und der EU, Energie, die vereinbarten vier Gemeinsamen Räume, der Nahe Osten, der Iran, Nordkorea, die westliche Balkanstaaten, Weißrussland und der Kaukasus sowie der neue Strategierahmen für die „Nordische Dimension“. Zudem einigt man sich auf die Abschaffung der sibirischen Überfluggebühren.

**26.-27. November**

Sozialpolitik: Der Europäische Freiwilligendienst feiert sein zehnjähriges Bestehen.

**27.-28. November**

Die Rolle der Union in der Welt: In Tampere kommen die Außenminister zu einem Anschlusstreffen im Barcelona Prozess (Euromed) zusammen.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: In Brüssel findet eine EU Übung (EST 06) im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik statt. Ziel der Übung ist ein schneller Entscheidungsfindungs- und Planungsprozess für EU Rapide Response Operationen.

**28. November**

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen nimmt die sechste Mehrwehrsteuer-Richtlinie an und erzielt eine politische Einigung über die Erhöhung der Befreiungen bei Reisen aus Drittländern. Die Minister beraten ferner über Polens Haushaltsdefizit, die Europäische Investitionsbank, Kapitalströme und Fluss von Arbeitskräften in der Weltwirtschaft, nationale Wirtschaftsreformprogramme, die Verringerung des Verwaltungsaufwands für Unternehmen, die Bekämpfung des Steuerbetrug und das Clearing- und Abrechnungswesen für die Abwicklung von Wertpapiergeschäften.

**29. November**

Erweiterung: Die Kommission legt Empfehlungen zur Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vor. Wegen der unvollständigen Umsetzung des Zusatzprotokolls zum Abkommen von Ankara durch die Türkei und des Weiterbestehens bestimmter Beschränkungen des freien Warenverkehrs empfiehlt die Kommission, dass keine Verhandlungen über Kapitel eingeleitet werden, die für die Beschränkungen der Türkei gegenüber der Republik Zypern relevant sind. Solange die Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll nicht erfüllt sind empfiehlt die Kommission darüber hinaus, dass kein Kapitel vorläufig geschlossen wird.

**30. November**

Energie: Die EU und die Länder des Schwarzmeer- und des kaspischen Raums vereinbaren eine gemeinsame Energiestrategie.

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Kommission legt zwei Mitteilungen zum Thema Migration vor, mit denen der migrationspolitische Gesamtansatz und der Schutz der Seegrenzen gestärkt werden soll.

**30. November – 1. Dezember**

Die Rolle der Union in der Welt / Sozialpolitik: Der Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz billigt die Verlängerung der EU Polizeimission in Kinshasa bis zum 31. Dezember 2006 und die Verlängerung des Mandats für die EU Monitoring Mission im westlichen Balkan. Die Minister erzielen eine politische Einigung über Einrichtung eines zweites EU-Programm im Gesundheitsbereich und des Programms zum Kampf gegen Gewalt (Daphne).

## Dezember

**04. Dezember**

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat Wettbewerbsfähigkeit kommt zu Gesprächen über strategische Prioritäten für Innovationsmaßnahmen auf EU Ebene zusammen.

Nachbarschaftspolitik: Die Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, legt Vorschläge zur Stärkung und Weiterentwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik vor.

**04.-05. Dezember**

Justiz und Inneres: Der Rat Justiz und Inneres nimmt Schlussfolgerung zur Überprüfung des Haager Programms und der Erweiterung des Schengen-Raums, des SIS II (Schengener Informationssystem) und des SISone4all an. Ferner legen die Minister eine allgemeine Ausrichtung in Bezug auf die Errichtung einer Agentur der EU für Grundrechte und zu einem Rahmenbeschlussentwurf zur Berücksichtigung der in anderen Mitgliedstaaten der EU ergangenen Verurteilungen in einem neuen Strafverfahren fest.

**05. Dezember**

Beschäftigung und Soziales: Das neue integrierte EU-Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität PROGRESS wird mit einem Haushalt von mehr als 700 Millionen Euro für den Zeitraum 2007-2013 auf den Weg gebracht.

Euro: Die Kommission und die Europäische Zentralbank veröffentlichen den Konvergenzbericht 2006. Dieser offenbart ungleiche Fortschritte auf dem Weg zur Erweiterung des Euro-Gebiets. Allein Slowenien wird die Erfüllung aller Kriterien bescheinigt. Damit wird der Beitritt des Landes zur Eurozone zum anstehenden Jahreswechsel implizit bekräftigt.

**05.-06. Dezember**

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Die EU führt einen EU Polizei Workshop (POL 06) im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch.

**07. Dezember**

Bildung: Die Kommission eröffnet die Feiern zum 20. Jahrestag des Erasmus-Programms.

**08. Dezember**

Energie / EU-Russland: Der permanente Energie-Partnerschaftsrat zwischen der EU und Russland kommt zu seinem zweiten Treffen in Moskau zusammen.

**11. Dezember**

Binnenmarkt: Der Rat nimmt im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens die Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt mit qualifizierter Mehrheit entgültig an. Die Dienstleistungsrichtlinie soll durch Beseitigung rechtlicher und administrativer Hindernisse für die Entwicklung von Dienstleistungen die Schaffung eines Binnenmarkts für Dienstleistungen erleichtern. Der Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie umfasst nicht nur klassische Erbringer wirtschaftlicher Dienstleistungen, sondern grundsätzlich alle Dienstleistungen, die von einem in einem Mitgliedstaat niedergelassenen Dienstleistungserbringer angeboten werden. Dies wird jedoch durch eine umfangreiche Liste von Ausnahmen eingeschränkt. Die Dienstleistungsrichtlinie war seit dem Vorschlag des ehemaligen EU-Binnenmarkt-Kommissars Frits Bolkestein Anfang 2004 Gegenstand einer allgemeinen und teilweise sehr kontrovers geführten öffentlichen Debatte.

Bildung: Die Kommission finanziert ein neues Erasmus-Mundus-Stipendienprogramm für Drittländer.

**11.-12. Dezember**

Erweiterung: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen kommt zu Gesprächen über die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei zusammen. Der Rat beschließt die Aussetzung der Verhandlungen über acht zentrale Kapitel, die Fragen betreffen, bei denen die Restriktionen der Türkei gegenüber der Republik Zypern von Belang sind. Solange die Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll des Abkommens von Ankara nicht erfüllt sind, sollen auch keine Verhandlungskapitel vorläufig geschlossen werden, so die Minister der Europäischen Union.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Gegenstand der Gespräche des Rates sind zudem die Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Minister beschäftigen sich insbesondere mit der Übergangsphase für die Operation ALTHEA in Bosnien und Herzegowina, dem Mandat des EU-Planungsteams bezüglich einer künftigen ESVP-Mission in Kosovo, dem Friedensprozess in Aceh (Indonesien) und dem Beitrag der Aceh-Beobachtungsmission und der Schaffung einer Beobachtungsstelle für Massenvernichtungswaffen. Zudem sprechen die Minister über eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und China, die Unterstützung der Regierung Afghanistans und ATHENA und dem Mechanismus zur Verwaltung der gemeinsamen Kosten der Operationen der Europäischen Union mit militärischen Bezügen.

Verkehr, Telekommunikation und Energie: Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie kommt zu Gesprächen über Hafenstaatkontrolle, die Ratifizierung des Seearbeitsübereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation und die Ausweitung des Zuständigkeitsbereichs der Europäischen Agentur für Flugsicherheit zusammen. Zudem verabschiedet er eine Entschließung über eine Strategie für eine sichere Informationsgesellschaft in Europa und vereinbart Schlussfolgerungen zur Förderung des Kurzstreckenverkehrs sowie zur Güterverkehrslogistik. Der Rat nimmt zwei Gemeinsame Standpunkte über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt und die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen für die öffentlichen Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße, sowie zwei Richtlinien über Dienstleistungen im Binnenmarkt und den Schutz des Grundwassers an.

**12. Dezember**

Terrorismusbekämpfung: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über ein Europäisches Programm für den Schutz kritischer Infrastrukturen an und schlägt eine Richtlinie über die Ermittlung und Ausweisung kritischer europäischer Infrastrukturen vor.

**13. Dezember**

Verkehr: Die Kommission schlägt Maßnahmen zur Beseitigung von Hindernissen für den Zugverkehr auf dem gesamten europäischen Schienennetz vor.

Umwelt: Das Europäische Parlament stimmt der REACH-Verordnung (Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) zu. Das reformierte europäische Chemikalienrecht soll stärker auf dem Grundsatz der Eigenverantwortung des jeweiligen Inverkehrbringers basieren. Nach der neuen Verordnung wird bei der Regulierung der Chemikalien die gesamte Wertschöpfungskette berücksichtigt. Zudem gibt es eine Zulassungspflicht für bestimmte Stoffe mit besonders hohem Gefährdungspotential.

**14. Dezember**

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Das Europäische Parlament nimmt die Finanzierungsprogramme der Kommission im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht für den Zeitraum 2007-2013 an. Etwa 4 Milliarden Euro sind für migrationspolitische Themen vorgesehen.

Binnenmarkt: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zu den Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Finanzanalysen und Finanzanalysten an.

**14.-15. Dezember**

Europäischer Rat: Die Staats- und Regierungschefs kommen zum Europäischen Rat zusammen. Im Zentrum des Gipfeltreffens stehen die Modifizierung der Erweiterungspolitik der Union und die Grundlagenbeschlüsse zur Ausarbeitung einer europäischen Migrationspolitik. Ferner einiget sich der Europäische Rat auf einen Kompromiss zur Türkeipolitik und diskutiert über Verfahrensreformen in der Innen- und Justizpolitik. Weitere Gesprächsthemen in Brüssel sind die Innovationspolitik, die Energiepolitik, der Klimaschutz und die Außenbeziehungen.

**17. Dezember**

Umwelt: Der Rat und das Europäische Parlament einigen sich im Vermittlungsausschuss auf eine Richtlinie über den Schutz von Grundwasser gegen Verschmutzung und Verderb.

**18. Dezember**

Umwelt: Der Rat Umwelt nimmt die REACH-Verordnung (Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) einstimmig an. Ferner stimmt er der Begründung des 7. Rahmenprogramms der EU für Forschung und technologische Entwicklung für den Zeitraum 2007-2013 und des 7. Rahmenprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungsmaßnahmen im Nuklearbereich für den Zeitraum 2007-2011 zu. Weitere Gesprächsthemen sind die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs und Ordnungsmaßnahmen der EU im Bereich der Meeresumwelt.

Landwirtschaft und Fischerei: Die Kommission schlägt die Ersetzung der 21 gemeinsamen Marktorganisationen (GMO) durch eine einzige GMO vor. Ziel ist die Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Außenhandelspolitik: Die Kommission erlässt eine Verordnung zur Verbesserung der Risikoanalyse für Waren, die EU-Grenzen überqueren, sowie Maßnahmen zur Erleichterung des internationalen Handels durch ein elektronisches System zum Austausch von Vorabinformationen zwischen Wirtschaftsbeteiligten und Zollbehörden.

**19. Dezember**

Steuern und Zoll: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zu einem EU-weit koordinierten Konzept für die Koordinierung einzelstaatlicher Regelungen zu direkten Steuern an.

Demokratie / Menschenrechte: Der Rat billigt das Finanzinstrument für die Förderung von Demokratie und Menschenrechten weltweit für den Zeitraum von 2007-2013 mit einem Budget von 1,1 Milliarden Euro.

**19.-21. Dezember**

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei nimmt eine Verordnung zur Festsetzung der zulässigen Gesamtfangmengen und Quoten für 2007 und eine Richtlinie über die gegenseitige Anerkennung von Führerscheinen an. Die Minister diskutieren ferner über die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen, die EU-Ausfuhren von tierischen Erzeugnissen nach Russland, ein partnerschaftliches Fischereiabkommen EG/Grönland, nachhaltige Bewirtschaftung der Ressourcen im Mittelmeer und die Erfassung und Übermittlung von Daten über die Fangtätigkeiten und die Reform des Bananensektors.

**20. Dezember**

Klima: Die Kommission schlägt die Einbindung des Luftverkehrs in das Emissionshandelssystem der EU vor.

**21. Dezember**

Erweiterung: In Brüssel findet das zweite Treffen der Beitrittskonferenz mit Kroatien auf Beamtenebene statt.

**22. Dezember**

Verkehr: Die Kommission schlägt die Vereinheitlichung von Vorschriften für die Beförderung gefährlicher Güter beim Straßenverkehr, Schienenverkehr und bei der Binnenschifffahrt vor.

# 2007

## Januar

**01. Januar**

Ratspräsidentschaft: Deutschland übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft von Finnland. Erstmals wird ein gemeinsames Achtzehnmonatsprogramm der drei aufeinander folgenden Ratspräsidentschaften von Deutschland, Portugal und Slowenien erstellt, wodurch die Kontinuität in der Ratsarbeit gestärkt werden soll. Zentrale Themen des Trioprogramms sind die Fortsetzung des Reform- und Verfassungsprozess der EU, die Umsetzung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung sowie die weitere Vollendung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Schließlich ist auch die Intensivierung des gemeinsamen außenpolitischen Handelns der Europäischen Union in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, internationale Handelsbeziehungen und wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit eine Priorität des Arbeitsprogramms.

Erweiterung: Bulgarien und Rumänien treten der EU bei. Die Kommission bekommt damit zwei neue Kommissare, die Bulgarin Meglena Kuneva (Verbraucherschutz) und den Rumänen Leonard Orban (Mehrsprachigkeit). Außerdem werden drei neue Amtssprachen eingeführt: Rumänisch, Bulgarisch und Irisch. Die Europäische Union besitzt nun insgesamt 23 Amtssprachen.

Euro: Slowenien führt den Euro ein.

**10. Januar**

Energie / Klima: Die Kommission legt ein integriertes Maßnahmenpaket für eine neue energiepolitische Strategie für Europa zur Bekämpfung der Klimaänderung und zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der EU vor. Als Ziele werden die Schaffung eines echten Energiebinnenmarktes, die Reduzierung der Kohlendioxidemissionen der Industriestaaten um 20 Prozent (30 Prozent sollten auch andere große Industrienationen nachziehen), die Erhöhung der Energieeffizienz und die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs bis zum Jahr 2020 definiert.

**15. Januar**

Europäisches Parlament: Die neue Fraktion des Europäischen Parlaments Identität, Tradition, Souveränität (ITS) konstituiert sich auf dem ersten Sitzungstags des Parlaments des Jahres. Durch die Entsendung der Abgeordneten aus den am 1. Januar neu beigetretenen Ländern Rumänien und Bulgarien verfügt die Gruppe über die notwendige Anzahl von 20 Mitgliedern aus sechs Ländern. Fraktionsvorsitzender der neuen rechtsextremen Fraktion im Europäischen Parlament ist der Franzose Bruno Gollnisch, stellvertretender Vorsitzender der Partei Front National.

**16. Januar**

Europäisches Parlament: Hans-Gert Pöttering (Europäische Volkspartei) wird zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt und löst seinen Vorgänger Josep Borell Fontelles (Sozialdemokratische Partei Europas) ab.

**16.-18. Januar**

EU-China: Die Kommissarin für Außenbeziehungen, Benita Ferrero-Waldner, besucht China und eröffnet die Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und China.

**17. Januar**

Ratspräsidentschaft: Die deutsche Bundeskanzlerin und EU-Ratspräsidentin, Angela Merkel, stellt das Präsidentschaftsprogramm im Plenum des Europäischen Parlaments vor.

**18. Januar**

Energie / Sicherheit: Der hochrangige Verbindungsausschuss für die Durchführung der Sicherungsmaßnahmen im Nuklearbereich zwischen der Europäischen Kommission und der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) kommt in Wien zu Gesprächen über die Gefahrenabwehr zusammen.

**22.-23. Januar**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen hat ein Mandat zur Aushandlung eines neuen und verbesserten Abkommens zwischen der Europäischen Union

und der Ukraine angenommen. Darüber hinaus begrüßt er den friedlichen und geordneten Ablauf der Parlamentswahlen in der Republik Serbien vom 21. Januar und die Annahme der Resolution 1737 des Sicherheitsrates bezüglich des Irans vom 23. Dezember 2006.

**24. Januar**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommission unterbreitet auf der Pariser Konferenz ein 500 Millionen Euro umfassendes Finanzhilfepaket für den Libanon, das im Zeitraum bis 2010 bereitgestellt werden soll.

Binnenmarkt: Die Kommission stellt ein Aktionsprogramm für den Abbau unnötiger Verwaltungslasten vor, das zum Ziel hat, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten die Verwaltungslasten für Unternehmen bis 2012 um ein Viertel zu reduzieren.

Landwirtschaft und Fischerei: Die Kommission schlägt eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im Obst- und Gemüsesektor vor.

**26. Januar**

Verfassung: In Madrid kommen die „Freunde der Verfassung" zu einem informellen Treffen zusammen. Die Gruppe besteht aus den 18 EU-Mitgliedstaaten, die die Verfassung bereits ratifiziert haben und das Bestreben teilen, den Verfassungsprozess neu zu beleben.

**29. Januar**

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei tagt zu den Themen Reform des Obst- und Gemüsesektors, Abschaffung der Intervention bei Mais und Verbot der Einfuhr von Katzen- und Hundefellen.

**30. Januar**

Wirtschaft und Finanzen / Euro: Der Rat Wirtschaft und Finanzen beschließt die Einstellung des 2003 eröffneten Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits gegen Frankreich, nachdem es der französischen Regierung gelungen ist, das Defizit auf unter 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken.

**31. Januar**

Verkehr: Die Kommission verabschiedet eine Mitteilung zur stärkeren Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Verkehrssektor. Zugleich wird die Debatte über das Grünbuch zum städtischen Nahverkehr eröffnet.

## Februar

**01. Februar**

Forschung: Die Kommission stellt 1,2 Milliarden Euro für die Förderung der europäischen Forschung auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien für das Jahr 2007 bereit.

**07. Februar**

Binnenmarkt: Die Kommission einigt sich auf eine neue Strategie für eine langfristige Rentabilität der europäischen Automobilindustrie, in deren Rahmen die Wirtschaftlichkeit der Automobilherstellung sowie eine verbraucherfreundliche Preisgestaltung gewährleistet werden sollen.

**08. Februar**

Die Rolle der EU in der Welt: Die EU-Troika trifft sich mit Regierungsvertretern Pakistans.

Verbraucherschutz: Die Kommission nimmt ein neues Grünbuch zum Verbraucherschutz an. Ziel ist die Stärkung des Vertrauens der Verbraucher in den EU Binnenmarkt insbesondere bei Internet-Transaktionen.

**09. Februar**

Umwelt: Die Kommission schlägt eine Richtlinie zur Stärkung des strafrechtlichen Umweltschutzes vor. Mitgliedstaaten sollen dadurch verpflichtet werden, schwere Umweltdelikte als strafbare Handlungen zu behandeln und sicherzustellen, dass diese wirksam geahndet werden. Zudem legt die Richtlinie Mindestsanktionen für Umweltverbrechen in den Mitgliedstaaten fest.

**11. Februar**

Medien: Die Europäische Union stellt mit dem neuen EU-Programm MEDIA 2007 in den kommenden sieben Jahren 755 Millionen Euro für die Förderung der europäischen Filmindustrie bereit.

**12.-13. Februar**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen trifft sich zu Gesprächen über Serbien und Afghanistan. Er erzielt eine Einigung über den Entwurf eines Gemeinsamen Standpunktes über restriktive Maßnahmen gegen den Iran. Ferner billigt der Rat Programme für den Zeitraum 2007-2013 zu den Themen „Prävention, Abwehrbereitschaft und Folgenbewältigung im Zusammenhang mit Terrorakten und anderen Sicherheitsrisiken", „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung" und „Strafjustiz".

**13. Februar**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kooperationsräte EU-Kirgisistan und EU-Kasachstan kommen zu Treffen zusammen.

**14. Februar**

Binnenmarkt: Die Kommission schlägt ein Maßnahmenpaket vor, mit dem sie ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarktes für Waren erreichen will. Unter anderem soll ein System der Marktüberwachung für Industrieerzeugnisse aufgebaut und die Zusammenarbeit zwischen nationalen Akkreditierungsstellen intensiviert werden.

**15. Februar**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat der Europäischen Union ernennt in Gemeinsamen Aktionen zwei neue Sonderbeauftragte der Europäischen Union (EUSR) für die afrikanische Region der Großen Seen und für die Republik Moldau und verlängert die Mandate der EU-Sonderbeauftragten für den Sudan, Afghanistan, Zentralasien, den Südkaukasus, den Nahost-Friedensprozess, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.

Justiz und Inneres: Der Rat Justiz und Inneres stimmt der Überführung der Teile des Vertrags von Prüm in den Rechtsrahmen der EU zu, die sich auf die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen beziehen. Zudem nimmt der Rat eine Verordnung zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Grundrechte an. Schließlich werden drei neue Finanzierungsprogramme für den Zeitraum 2007–2013 zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität, Verbesserung des Schutzes der Bürger in Europa und Verstärkung der justiziellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in Strafsachen angenommen.

Energie: Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie nimmt Schlussfolgerungen über eine Energiepolitik für Europa an, in denen die vorrangigen Maßnahmen für den Zeitraum 2007-2009 hervorgehoben werden.

**16. Februar**

Bildung, Jugend und Kultur: Der Rat Bildung, Jugend und Kultur nimmt eine Reihe von Kernbotschaften zum Bildungsbereich und zur Jugendpolitik an.

**16.-20. Februar**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommissarin für Außenbeziehungen, Benita Ferrero-Waldner, stattet Indien ihren erster bilateraler Besuch ab.

**19. Februar**

Wettbewerbsfähigkeit: Der Rat nimmt einen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und des Verkehrssektors an.

Beschäftigung und Sozialpolitik: Die Kommission legt den Gemeinsamen Beschäftigungsbericht und den Gemeinsamen Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung vor.

**20. Februar**

Umwelt: Der Rat Umwelt nimmt Schlussfolgerungen zu den Zielen der EU für die Weiterentwicklung der internationalen Klimaschutzregelung über das Jahr 2012 hinaus an.

**21. Februar**

Europäische Kommission: Die Kommission präsentiert ihre politische Prioritäten für das Jahr 2008: Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und Freiheit sowie eine stärkere Position Europas in der Welt.

Binnenmarkt / Zukunft: Die Europäische Kommission stellt ihre Vision vom Binnenmarkt im 21. Jahrhundert im Zwischenbericht für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates vor.

Beschäftigung und Soziales / Gesundheit: Die Kommission nimmt eine Fünf-Jahres-Strategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz an, mit dem Ziel Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle EU-weit um 25 Prozent bis zum Jahr 2012 zu reduzieren.

**22. Februar**

Beschäftigung und Soziales: Der Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt Kernbotschaften zu den Bereichen Beschäftigung, Sozialpolitik und Gleichstellung von Frauen und Männern an.

Forschung: Die Kommission nimmt die offizielle Gründungsakte für den Europäischen Forschungsrat an, der die erste gesamteuropäische Einrichtung zur Förderung der Pionierforschung in allen wissenschaftlichen und akademischen Bereichen darstellt.

**26. Februar**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommission nimmt einen Finanzierungsbeschluss an, durch den 135 Millionen Euro für Nahrungsmittelhilfe bereitgestellt werden.

Nachbarschaftspolitik: Die Kommissarin für Außenbeziehungen, Benita Ferrero-Waldner, stellt ein Hilfspaket von 558 Millionen Euro für Ägypten während eines Besuchs in Kairo vor.

**27. Februar**

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen trifft zu einer formellen Sitzung zusammen und berät über die Empfehlung an Polen zur Korrektur des übermäßigen Defizits. Zudem billigt er ein Eckpunktepapier über die Lissabonner Strategie für Wachstum und Beschäftigung und nimmt Schlussfolgerungen zur Initiative „TARGET2-Securities“ der Europäischen Zentralbank an. Schließlich billigt der Rat restriktive Maßnahmen gegen Iran.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Die EU bestätigt die Entscheidung über die Transformation der Operation ALTHEA in Bosnien-Herzegowina.

## März

**05. März**

Nachbarschaftspolitik: EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner und der stellvertretende Außenminister der Ukraine, Andriy Veselovsky, nehmen offiziell die Verhandlungen über ein neues erweitertes Abkommen auf. Außerdem kommt der Assoziationsrat EU-Israel zu einem Treffen zusammen.

**05.-06. März**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen trifft sich zu Gesprächen über den Sudan, Usbekistan und den Iran. Zudem billigt der Rat den Entwurf des Programms DAPHNE III zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen und genehmigt die Schaffung eines Finanzierungsinstruments der Gemeinschaft für den Katastrophenschutz.

Erweiterung: Der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, Vladimír Pidla, vereinbart mit der kroatischen Regierung Ziele im Bereich soziale Eingliederung.

**06. März**

Nachbarschaftspolitik: Der Assoziationsrat EU-Ägypten nimmt den gemeinsamen ENP (Europäische Nachbarschaftspolitik)-Aktionsplan an, der die Ziele und Prioritäten der Zusammenarbeit definiert.

**06.-08. März**

Entwicklungspolitik: EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe, Louis Michel, besucht die Zentralafrikanische Republik und unterzeichnet zwei Finanzierungsvereinbarungen zur Unterstützung der Staatsführung und der weiteren Erschließung des Landes.

**08. März**

Entwicklungspolitik: Die Kommission verabschiedet eine Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

**08.-09. März**

Europäischer Rat: Der Europäische Rat kommt in Brüssel zu seinem Frühjahrsgipfel zusammen. Die EU-Staats- und Regierungschefs einigen sich auf das „20-20-20“-Programm bis 2020, das heißt die Reduktion des $CO_2$-Ausstoßes um 20 Prozent, die Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent und Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent. Damit begründet der Europäische Rat die erste gemeinsame europäische Energiestrategie. Weiterhin beschäftigt sich der Frühjahrsgipfel traditionsgemäß mit wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Fragestellungen wie die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung.

**09. März**

Medien: Die Kommission legt einen Vorschlag für eine Richtlinie „Audiovisuelles ohne Grenzen“ vor, durch die die Vielfalt europäischer Fernseh- und Medienabrufdienste gestärkt werden soll.

**13. März**

Binnenmarkt: Die Kommissarin Meglena Kuneva stellt eine neue verbraucherpolitische Strategie vor.

**14. März**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Union entsendet Wahlbeobachtermissionen nach Nigeria und Timor-Leste.

**15. März**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Außenminister der EU und der ASEAN (Association of the South East Asian Nations) kommen zu einem offiziellen Treffen in Nürnberg zusammen.

**19. März**

Landwirtschaft und Fischerei: Die Agrarminister gelangen zu einer politischen Einigung über die fakultative Modulation. Somit kann das Europäische Parlament die blockierten 20 Prozent der Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums freigeben und die Mitgliedstaaten können ihren Verpflichtungen aufgrund der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raum für das Haushaltsjahr 2007 nachkommen.

**20.-21. März**

Forschung: In Strassburg findet die Tagung des Ausschusses Hoher Beamter für Wissenschaftliche und Technische Forschung (COST) statt.

**21. März**

Transparenz: Die Kommission beschließt in ihrer Europäischen Transparenzinitiative öffentliche Register für Lobbyisten und Interessengruppen einzurichten; die Registrierung der Interessensvertreter bleibt jedoch freiwillig.

**22. März**

Verkehr, Telekommunikation und Energie: Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie berät über Entwurf eines Luftverkehrsabkommens mit den USA und den Stand der Konzessionsverhandlungen für das Globale Satellitennavigationssystem Galileo. Ferner nimmt er einen Beschluss an, mit dem die Kommission ermächtigt wird, Verhandlungen mit Nicht-EU-Ländern über deren Beteiligung an der Global Navigation Satellite System (GNSS)-Aufsichtsbehörde aufzunehmen.

**24.-25. März**

Europäischer Rat: Die Staats- und Regierungschefs kommen in Berlin zu einem informellen Treffen anlässlich der Feier zu „50 Jahre Römische Verträge“ zusammen. Die Vorsitzende des Europäischen Rates, Angela Merkel, der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, sowie Kommissionspräsident José Manuel Barroso unterzeichnen die so genannte „Berliner Erklärung“.

Jugend: Über 200 junge Menschen aus den 27 Mitgliedstaaten kommen in Rom zum ersten EU-Jugendgipfel unter dem Motto „Dein Europa – deine Zukunft“ anlässlich der 50-Jahr-Feier zusammen.

**27. März**

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen einigt sich auf den Entwurf einer Richtlinie zur Schaffung eines Rechtsrahmens für Zahlungsdienste und bestätigt den Entwurf einer Richtlinie über die Beurteilung des Erwerbs im Finanzsektor durch die Aufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten. Der Rat prüft zudem eine Serie von Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen der Mitgliedstaaten. Ferner nehmen die Minister eine Empfehlung zu den 2007 aktualisierten Grundzügen der Wirtschaftspolitik und Leitlinien für die Beschäftigungspolitik sowie Schlussfolgerungen zur Koordinierung der Regelungen der Mitgliedstaaten zu den direkten Steuern an.

Landwirtschaft und Fischerei: Die Kommission erlässt eine Durchführungsverordnung zum Europäischen Fischereifonds (EFF).

**28. März**

Die Rolle der Union in der Welt: Die EU-Troika trifft sich mit den Außenministern der zentralasiatischen Republiken.

Umwelt: Die Vermittlungsausschuss zwischen Rat und Europäischen Parlament einigt sich über den Text des Entwurfs einer Verordnung zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Umwelt

(LIFE+). Der vereinbarte Text muss nunmehr vom Parlament mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen und vom Rat mit qualifizierter Mehrheit gebilligt werden.

Landwirtschaft und Fischerei: Die Kommission schlägt Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbesserung der Cross-Compliance-Regelung der Gemeinsamen Agrarpolitik vor.

Haushalt: Die Europäische Union verfügt über neue Finanzvorschriften für eine bessere Verwendung von EU-Mitteln im Finanzierungszeitraum 2007-2013.

**29. März**

Forschung: Die Kommission beschließt die Einrichtung eines europäischen Registers für humane embryonale Stammzellen.

Erweiterung: Die EU trifft sich zu Beitrittskonferenzen auf Beamtenebene mit Kroatien und der Türkei.

**30. März**

Die Rolle der Union in der Welt / Menschenrechte: Die Europäische Gemeinschaft unterzeichnet eine neue UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Damit unterzeichnet die Gemeinschaft erstmals eine entscheidende Menschenrechtskonvention der UN.

## April

**01.-04. April**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Günter Verheugen, besucht China, um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und China zu vertiefen und das Partnerschaftsabkommen auf den Weg zu bringen.

**03. April**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Gemeinschaft tritt der internationalen Zivilrechtsorganisation Haager Konferenz für Internationales Privatrecht bei.

**04. April**

Forschung: Die Europäische Kommission stellt ihr Grünbuch zum Europäischen Forschungsraum vor.

Außenhandelspolitik: Die Europäische Union bietet allen Regionen Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums im Rahmen der Verhandlungen über ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen uneingeschränkten Marktzugang an.

**11. April**

Nachbarschaftspolitik: Die Kommission legt eine neue Initiative für die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit der Schwarzmeerregion, die so genannte Schwarzmeersynergie, vor.

**16. April**

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei trifft sich zu Gesprächen über Aalfang und die Obst- und Gemüsereform. Darüber hinaus nimmt er eine Gemeinsame Position zur Erneuerung der restriktiven Maßnahmen gegen Zimbabwe an.

**18. April**

Transparenz: Die Kommission verabschiedet ein Grünbuch über den Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission.

Außenhandelspolitik: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über eine starke Partnerschaft zur weiteren Öffnung ausländischer Märkte für Unternehmen aus der EU an.

**19.-20. April**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Außenminister der EU treffen sich in Santo Domingo mit den Ministern der „Rio-Gruppe“, einem Forum, an dem sich Länder Lateinamerikas und der Karibik beteiligen. Es finden Ministertagungen mit der Andengemeinschaft, Zentralamerika (San-José-Dialog), Mercosur und Mexiko statt.

Justiz und Inneres: Der Rat Justiz und Inneres legt eine allgemeine Ausrichtung zu einem Rahmenbeschluss über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit fest. Er diskutiert weiterhin über einen Verordnungsvorschlag über die Zuständigkeit in Ehesachen und das anwendbare Recht in diesem Bereich („Rom III“). Ferner nimmt der Rat eine Entschließung zum gegenseitigen Informationsaustausch über die Ausweisung von Drittstaatsangehörigen in Zusammenhang mit terroristischen Handlungen, Aufwiegelung zu Gewalt und Rassenhass an.

**20. April**

Menschenrechte / Demokratie: Der Rat billigt das Finanzinstrument Grundrechte und Unionsbürgerschaft innerhalb des neuen Finanzrahmens 2007-2013 und stellt 93,8 Millionen Euro zur Förderung der Grundrechte und der demokratischen Partizipation bereit.

**23.-24. April**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen trifft sich zu Beratungen über das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Russland und über den Entwurf einer Strategie der EU für Zentralasien. Er stimmt dem Entwurf von Verhandlungsrichtlinien für Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika und der Andengemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie für Freihandelsabkommen mit den ASEAN- Ländern, Indien und Südkorea zu. Zudem nimmt der Rat eine Gemeinsame Aktion und einen Beschluss bezüglich Unterstützungsaktionen der EU für Missionen der Afrikanischen Union in Somalia und dem Sudan an.

**24. April**

Binnenmarkt: Das Europäische Parlament verabschiedet den Vorschlag für eine Richtlinie über Zahlungsdienste.

Die Rolle der Union in der Welt: Die Minister der ECOWAS (Economic Community of West African States) kommen mit der EU-Troika zu Gesprächen zusammen.

Nachbarschaftspolitik: Die Assoziationsräte EU-Libanon und EU-Algerien kommen zu Gesprächen zusammen.

**25. April**

Umwelt / Klima: Das Europäische Parlament beschließt die Einsetzung eines nicht ständigen Ausschusses für den Klimawandel.

Umwelt: Das Europäische Parlament nimmt eine Reihe von Kompromissvorschlägen zur ınderung des Vorschlags für eine Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Hochwasser an.

Die Rolle der Union in der Welt: Die EU eröffnet ihre erste gemeinsame Visumantragstelle in der Republik Moldau.

**26. April**

Soziales und Beschäftigung: Die europäischen Sozialpartner (EGB, BUSINESSEUROPE, CEEP und UEAPME) unterzeichnen eine Rahmenvereinbarung gegen Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz.

**30. April**

Umwelt: Eine Richtlinie über die Haftung für Umweltschäden tritt in Kraft. Sie stellt die erste EU-Vorschrift dar, die ausdrücklich auf dem im EG-Vertrag festgeschriebenen Verursacherprinzip basiert.

Transatlantische Beziehungen: In Washington D.C. findet ein Gipfeltreffen zwischen der EU und den USA statt. Im Mittelpunkt des Treffens steht die Gründung einer Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft mit dem Ziel der Verminderung von bürokratischen Hemmnissen, unterschiedlichen Standards und Bedingungen. Ein neuer transatlantischer Wirtschaftsrat soll den EU-USA-Wirtschaftsbeziehungen neuen Schwung geben, die Vereinbarungen überwachen und die Angleichung der Standards voranbringen. Weitere Schwerpunkte des Gipfels sind die Unterzeichung einer gemeinsame Erklärung zu Energie und Klimaschutz und die Diskussion über regionale Krisen, wie der Kosovo und Afghanistan.

## Mai

**02. Mai**

Binnenmarkt: Die Kommission legt ein Grünbuch über die künftige Politik der EU im Bereich Privatkundendienstleistungen vor, die Produkte wie Bankkonten, Darlehen, Hypotheken, Anlagen und Versicherungen für Verbraucher umfassen.

Haushalt: Die Kommission nimmt den Haushaltsvorentwurfs 2008 an. Zum ersten Mal entfällt der größte Anteil der EU-Ausgaben auf Wachstum und Beschäftigung und nicht auf Landwirtschaft und natürliche Ressourcen. Mit den Verpflichtungsermächtigungen im Umfang von 129,2 Milliarden Euro erhöht sich der Haushalt um zwei Prozent gegenüber 2007. Bei den Zahlungsermächtigungen im Gesamtbetrag von 121,6 Milliarden Euro ist eine Steigerungsrate von 5,3 Prozent zu verzeichnen.

**03. Mai**

Umwelt: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht über Trends und Entwicklungen bei den Öko-Innovationen in der Europäischen Union.

**06. Mai**

Frankreich: Nicholas Sarkozy von der konservativen UMP (Union pour un mouvement populaire) wird im zweiten Wahlgang zum neuen Staatspräsidenten Frankreichs gewählt.

**07. Mai**

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei erzielt eine politische Einigung über die Verordnung bezüglich des Schutzes von Hühnern für die Fleischproduktion. Zudem schlägt die Kommission Änderungen der Umstrukturierungsregelung für den Zuckersektor vor.

Wachstum und Beschäftigung: Die Kommission veröffentlicht ihre Frühjahrsprognose 2007-2008. Sie rechnet in der Europäischen Union mit einem Wirtschaftswachstum von 2,9 Prozent im Jahr 2007 und 2,7 Prozent im Jahr 2008 und einem Sinken der Arbeitslosigkeit in der EU von 8,75 Prozent im Jahr 2005 auf weniger als 7 Prozent im Jahr 2008.

**08. Mai**

Wirtschaft und Finanzen: Der Rat Wirtschaft und Finanzen berät über Fragen aus dem Bereich Finanzmärkte, insbesondere Hedge Fonds, Asset Management und Altersvorsorgesysteme.

Die Rolle der Union in der Welt: Der EU-Golfkooperationsrat kommt zu einem Treffen in Riyadh zusammen.

Südosteuropapolitik: In Zagreb findet ein Gipfeltreffen des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses (SOEKP) statt, bei dem Ausbaumöglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit in Südosteuropa diskutiert werden. An dem Treffen nehmen auch José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, Olli Rehn, EU-Kommissar für Erweiterungsfragen, Angela Merkel, derzeitige EU-Ratspräsidentin und Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments, teil.

**10. Mai**

Energie: Die Kommission richtet in Brüssel das erste Treffen des EU-Netzes von Energiesicherheits-Korrespondenten (NESCO) aus. Das Netz besteht aus Vertretern der Kommission, des Ratssekretariats und der EU-Mitgliedstaaten.

Kultur: Die Kommmission schlägt in einer Mitteilung eine europäische Kulturstrategie vor.

**14.-15. Mai**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen bewilligt einen zusätzlichen Betrag von 40 Millionen Euro zugunsten der Mission der Afrikanischen Union im Sudan und billigt ein Mandat für die Kommission für Verhandlungen mit der Schweiz bezüglich Körperschaftssteuerregelungen. Zudem nimmt er eine Verordnung über die Bereitstellung von 423 Millionen Euro im Zeitraum 2007-2013 für die Stilllegung des Kernkraftwerks Bohunice in der Slowakei an. Ferner überprüft der Rat die Entwicklungen in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Anwesenheit der Verteidigungsminister.

**15. Mai**

Die Rolle der Union in der Welt: Das 8. Treffen der EU-Troika mit den Ministern Afrikas findet statt. Am gleichen Tag kommt die EU-Troika zu Treffen mit den Ministern des Europäischen Wirtschaftsraums zusammen.

Forschung: Die Kommission nimmt zwei Vorschläge zur Bildung von ersten europaweiten Partnerschaften zwischen privatem und öffentlichem Sektor an. Durch zwei gemeinsame Technologieinitiativen (eingebettete IKT-Systeme und innovative Arzneimittel) sollen Mittel von Wirtschaft, Mitgliedstaaten und Kommission gezielten Forschungsprogrammen zugeführt werden.

Justiz und Inneres: Der Rat und das Europäische Parlament einigen sich im Vermittlungsausschuss über den Vorschlag für eine Verordnung über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“). Sobald die Einigung vom Parlament und vom Rat bestätigt worden ist, gilt die Verordnung als angenommen.

**16. Mai**

Südosteuropapolitik: Die Europäische Gemeinschaft schließt Verhandlungen mit Serbien über Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen ab.

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Kommission schlägt eine Richtlinie über Vorgehen gegen Beschäftigung von illegalen Zuwanderern und Förderung von zirkulärer Migration und Mobilitätspartnerschaften vor. Außerdem legt sie zwei Mitteilungen zur externen Dimension der Migration vor.

Verkehr: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Fortschritte beim Programm Galileo an. Der Zeitplan für das europäische Programm für Satellitennavigation ist durch Probleme im privaten Betrei-

berkonsortium ins Stocken geraten und der anstrebte Abschluss des Projektes 2012 gefährdet. Die Kommission schlägt daher vor, den Fahrplan anzupassen und bezeichnet die Planung und Finanzierung der gesamten Basisinfrastruktur durch den öffentlichen Sektor als die vorteilhafteste, realistischste und langfristig kostengünstigste Lösung. Mit dem Betrieb des Systems wird dagegen ein privater Konzessionär beauftragt.

Euro: Auf der Grundlage des positiven Konvergenzberichts schlägt die Kommission die Einführung des Euro in Zypern und Malta für den 1. Januar 2008 vor.

**17.-18. Mai**

Bildung: Die für Hochschulbildung zuständigen Minister aus 45 europäischen Ländern kommen in London zusammen, um die Fortschritte zu erörtern, die im Rahmen des Bologna-Prozesses erzielt wurden. Die Minister verabschieden eine Strategie für die Ausweitung des Prozesses auf andere Kontinente und genehmigen die Einrichtung eines Registers europäischer Agenturen für Qualitätssicherung in der Hochschulbildung.

**18. Mai**

EU-Russland: In Samara findet der EU-Russland Gipfel statt. Gesprächsthemen sind die verstärkte Zusammenarbeit auf dem Energiesektor, beim Klimaschutz, in der Forschung und bei der Bewältigung internationaler Konflikte. Überschattet ist das Treffen von Meinungsverschiedenheiten zwischen der EU und Russland, insbesondere beim Thema Menschenrechte, und bilateraler Probleme zwischen Russland und zwei Mitgliedstaaten der EU, Polen und Estland.

**21. Mai**

Die Rolle der Union in der Welt: Die EU Kommissarin Benita Ferrero-Waldner reist zu ihrem ersten bilateralen Treffen nach Norwegen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen sowie regionale und außenpolitische Fragen.

**21.-22. Mai**

Wettbewerb: Der Rat Wettbewerbsfähigkeit berät über Industriepolitik, Forschungsinfrastruktur und Weltraumpolitik. Er einigt sich zudem politisch über den geänderten Vorschlag für eine Richtlinie über Kreditverträge für Verbraucher.

**22. Mai**

Umwelt: Die Kommission veröffentlicht ein Grünbuch zur Verbesserung der Abwrackung von Schiffen.

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zur Bekämpfung der Internetkriminalität an. Sie fordert Maßnahmen zur Verbesserung der Absprache und Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden sowie zwischen diesen und dem privaten Sektor.

**23. Mai**

Binnenmarkt: Die Kommission legt einen Vorschlag für einen neuen, einheitlichen Rechtsrahmen zur Absatzförderung von Agrarerzeugnissen im Binnenmarkt und in Drittländern vor.

EU-Russland: Die Kommission und Russland unterzeichnen eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Regionalpolitik.

Transport: Die Kommission nimmt drei Vorschläge zur Modernisierung der Vorschriften für den Zugang zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers und zum Kraftverkehrsmarkt an.

Binnenmarkt: Das Europäische Parlament stimmt mit großer Mehrheit für eine EU-Verordnung, die zu einer wesentlichen Senkung der Gebühren für die Handybenutzung im Ausland führen wird.

**24. Mai**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat verlängert das Mandat der Mission EUBAM Rafah. Ziel der Mission, die Ende 2005 eingerichtet wurde, ist die Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah zwischen dem Gazastreifen und ıgypten.

Sicherheitspolitik: Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, FRONTEX, gründet zusammen mit den betroffenen Mitgliedstaaten das Europäische Grenzpatrouillennetz. Ziel des Netzes ist es, die illegale Einwanderung über das Mittelmeer und entlang der südwestlichen Atlantikküste zu stoppen und Menschen in Seenot aufzuspüren.

**24.-25. Mai**

Medien: Der Rat Bildung, Jugend und Kultur erzielt eine politische Einigung über den Entwurf einer Richtlinie zur Koordinierung bestimmter Vorschriften über audiovisuelle Mediendienste („Fernsehen ohne Grenzen“).

**28. Mai**

Die Rolle der Union in der Welt: Die EU-Troika trifft sich mit dem neuen chinesischen Außenminister, Yang Jiechi. Gesprächsthemen des Treffens sind die Verhandlungen über ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, Menschenrechte, Taiwan, der Klimawandel sowie internationale und regionale Angelegenheiten einschließlich Nordkorea, Iran, Naher Osten und regionale Zusammenarbeit in Ostasien.

Zudem nimmt die Europäische Union Verhandlungen über neue Partnerschaft und ein neues Kooperationsabkommen mit Vietnam auf.

**28.-29. Mai**

Die Rolle der Union in der Welt: In Hamburg findet das 8. Treffen der ASEM-Außenminister statt, an dem Außenminister aus 43 asiatischen und europäischen Ländern, die Kommissarin für Außenbeziehungen, Benita Ferrero-Waldner, der Generalsekretär der ASEAN, Ong Keng Yong, und der Hohe Vertreter, Javier Solana, teilnehmen. Diskutiert wird über die Entwicklungen im Irak und im Nahen Osten, Energiepolitik, Klimawandel und den kulturelle und interreligiösen Dialog.

**30. Mai**

Energie: Die Europäische Union und die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) führen ein Rundtischgespräch über die Energiepolitik.

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommission schlägt vor, auf dem ersten Gipfeltreffen zwischen der EU und Brasilien am 4. Juli 2007 in Lissabon eine strategische Partnerschaft mit Brasilien zu initiieren.

Regionalpolitik: Die Kommission veröffentlicht ihren 4. Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt.

Gesundheit: Die Kommission nimmt ein Weißbuch über Ernährung an. Es enthält zahlreiche Vorschläge, wie die EU die mit Ernährung, Übergewicht und Adipositas zusammenhängenden Gesundheitsprobleme angehen könnte. Zudem schlägt die Kommission in einer Mitteilung einen Aktionsplan für eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten beim Thema Organspende und Transplantation vor und kündigt Pläne für eine EU-Richtlinie zur Qualität und Sicherheit von Organspenden an.

**30.-31. Mai**

Gesundheit / Sozialpolitik: Der Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt eine Gemeinsame Aktion über die Polizeimission der EU in Afghanistan an. Zudem berät er über Arzneimittel für neuartige Therapien, Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit.

## Juni

**01. Juni**

Umwelt: Die neue europäische Chemikalien-Verordnung REACH (Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) tritt in Kraft. Zeitgleich nimmt die neue Europäische Chemikalien-Agentur in Helsinki ihre Arbeit auf.

**04. Juni**

Die Rolle der Union in der Welt: In Berlin findet das Gipfeltreffen EU-Kanada statt. Gesprächsthemen sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kanada und der EU, globale Themen wie Klimawandel und Energiesicherheit sowie regionale Themen von gemeinsamem Interesse wie die Zusammenarbeit in Afghanistan, Kosovo und Sudan/Darfur.

Menschenrechte: Das erste Europäische Forum für die Rechte des Kindes findet in Berlin statt.

Verkehr: Die Konsultationen zur Vorbereitung eines neuen Grünbuchs zum städtischen Nahverkehr werden auf einer Konferenz der Interessengruppen mit rund 350 Teilnehmer aus allen Sektoren in Brüssel abgeschlossen.

**05. Juni**

Die Rolle der Union in der Welt: In Berlin findet das Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und Japan statt. Im Zentrum der Gespräche stehen die Klima- und Energiepolitik, der Schutz des geistigen Eigentums, Entwicklungs- und Innovationspolitik, die WTO und die Doha-Runde, sowie Regional- und Sicherheitspolitik.

Wirtschaft und Finanzen / Euro: Der Rat Wirtschaft und Finanzen entscheidet, dass die Defizitverfahren gegen Deutschland, Griechenland und Malta eingestellt werden. Damit sind nur noch sieben Defizitverfahren in Kraft, die die Tschechische Republik, Italien, Ungarn, Polen, Portugal, Slowakei und Großbritannien betreffen. Zudem nimmt der Rat Schlussfolgerungen zur Bekämpfung des Steuerbetrugs und zu einem Paket von Maßnahmen zur Vereinfachung der Mehrwertsteuerregelungen für Unternehmen an. Darüber hinaus schlägt er vor, Zypern und Malta die Einführung des Euro ab dem 1. Januar 2008 zu gestatten.

**06. Juni**

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Die Kommission legt ein Grünbuch über die Zukunft des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vor. Zugleich schlägt sie eine Richtlinie vor, der zufolge auch Personen mit internationalem Schutzstatus ein langfristiges Aufenthaltsrecht erlangen können, und veröffentlicht einen Bericht zur Bewertung des Dublin-Systems.

**06.-08. Juni**

Verkehr, Telekommunikation und Energie: Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie einigt sich auf den Entwurf einer Verordnung über Roamingentgelte. Darüber hinaus nimmt er Entwürfe von Richtlinien über die Einrichtung eines gemeinschaftlichen Überwachungs- und Informationssystems für den Schiffsverkehr, über Hafenstaatkontrolle und zur Festlegung der Grundsätze für die Untersuchung von Unfällen im Seeverkehr an. Als weitere Themen stehen das Programm Galileo, die Informationsgesellschaft, die Europäische Energiestrategie für den Verkehr und die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel im Fokus der Gespräche.

G-8: In Heiligendamm findet der G-8-Gipfel statt. Beim jährlichen Treffen der acht großen Industriestaaten wird beschlossen, mit den wichtigen Schwellenländern (Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika) enger und kontinuierlicher zusammenzuarbeiten (der so genannte „Heiligendamm-Prozess"). Zudem einigen sich die Staats- und Regierungschefs in der Klimapolitik auf das Ziel, die globalen $CO_2$-Emissionen bis 2050 um mindestens die Hälfte zu reduzieren. In Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika bekennen sich die G-8 zu der Zusage, die Mittel bis 2010 um 25 Milliarden US-Dollar jährlich zu erhöhen. Schließlich ist die Welthandelsrunde in Doha auf der Agenda des Treffens in Heiligendamm.

**06.-09. Juni**

Die Rolle der Union in der Welt: Die EU-Troika reist zu einem Treffen nach Bangladesh.

**07. Juni**

Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik: Das Europäische Parlament nimmt das Legislativpaket zum Visa-Informationssystem (VIS), die VIS-Verordnung und den VIS-Beschluss an. Damit wird der Grundstein für die größte Visainformationsdatenbank der Welt gelegt.

Verfassung: Das Europäische Parlament verabschiedet eine Entschließung zur Roadmap für den EU-Verfassungsprozess.

**07.-15. Juni**

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Die EU führt ihre zweite militärische Übung, EU Military Exercise 2007 (MILEX 07) durch.

**10.-15. Juni**

Die Rolle der Union in der Welt. Der Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Charlie McCreevy, reist zu Gesprächen nach China und Japan.

**11.-12. Juni**

Landwirtschaft und Fischerei: Der Agrarrat erzielt eine politische Einigung über eine Verordnung über eine einzige gemeinsame Marktorganisation. Zudem verabschiedet er neue Vorschriften zur Rückverfolgbarkeit und Etikettierung von Kalbfleisch sowie der Abschaffung der Interventionen im Maissektor. Die Minister einigen sich über eine Verordnung zur Reform des Obst- und Gemüsesektors und über eine Verordnung zu den Bestimmungen über die Erzeugung und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen.

**12.-13. Juni**

Justiz und Inneres: Der Rat Justiz und Inneres nimmt eine Verordnung zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und Asyl an. Zudem einigt er sich über das Visa-Informationssystem (VIS), die VIS-Verordnung und den VIS-Beschluss. Der Rat beschließt wesentliche Teile des Prümer Vertrages in EU-Recht zu über führen, d.h. der Intensivierung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung von Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität. Die EU-Justizminister verständigen sich über einen Rahmenbeschluss, der den Austausch von Verurteilungen aus dem Strafregister zwischen EU-Mitgliedstaaten regelt. Schließlich diskutieren die Minister über die geplante Erweiterung des Schengen Raumes.

**13. Juni**

Binnenmarkt: Die Kommission stellt ihre Bewertung der Maßnahmen in den Mitgliedstaaten zur Überwachung der Arbeitnehmerentsendung sowie ihre Beurteilung der Situation bei der Verwaltungszusammenarbeit vor.

Forschung / Erweiterung / Südosteuropapolitik: Kroatien, die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien und die Türkei unterzeichnen Vereinbarungen mit der Kommission, aufgrund derer sie sich uneingeschränkt am Siebten Forschungsrahmenprogramm der EU beteiligen können.

Erweiterung: Der Erweiterungskommissar Olli Rehn und der stellvertretende serbische Premierminister, Bozidar Djelic, treffen sich in Brüssel zu Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Serbien. Im Mittelpunkt der Gespräche steht das Kapitel Justiz und Inneres, insbesondere bezüglich der Zusammenarbeit Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien.

**14. Juni**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Union und die Andengemeinschaft nehmen Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen den beiden Regionen auf.

**17.-19. Juni**

Die Rolle der Union in der Welt / Verfassung: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen trifft sich zu Gesprächen über die Reform der EU-Verträge, die Lage im Nahen Osten, den Kosovo, die kubanische Zivilgesellschaft und den Sudan. Zudem billigt der Rat eine Strategie für eine neue Partnerschaft der EU und Zentralasiens.

**18. Juni**

Nachbarschaftspolitik: Der EU-Ukraine Kooperationsrat trifft sich zu Gesprächen in Luxemburg. Dabei wird ein Abkommen über Visumerleichterungen und ein Rückübernahmeabkommen unterzeichnet.

**19. Juni**

Nachbarschaftspolitik: Der EU-Moldau Kooperationsrat diskutiert über den immer noch ungelösten Transnistrienkonflikt.

Südosteuropapolitik: Die EU-Troika trifft sich zu Gesprächen mit Vertretern der albanischen Regierung.

**20. Juni**

Erweiterung: Die Kommission verabschiedet die EU-Strategie zur finanziellen Unterstützung Kroatiens für den Zeitraum 2007-2009.

**21.-23. Juni**

Europäischer Rat: Die Staats- und Regierungschefs kommen zum Europäischen Rat in Brüssel zusammen. Zentrales Thema des Gipfel ist der Prozess der Vertragsreform. Nach zähen Verhandlungen einigen sich die Mitgliedstaaten auf ein Mandat für einen Reformvertrag, der die Substanz des Verfassungsvertrages als Ausgangspunkt nimmt. Darüber hinaus nehmen die Staats- und Regierungschefs Schlussfolgerungen zu Justiz und Inneres, Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Außenbeziehungen und Nordirland an.

**22. Juni**

Verkehr: Der Rat und das Europäische Parlament einigen sich im Rahmen des Vermittlungsverfahrens über drei Rechtsetzungsvorschläge des dritten Eisenbahnpakets.

**25. Juni**

Energie: Energiekommissar Andris Piebalgs reist zu einem Treffen nach Norwegen. Im Zentrum der Gespräche stehen die Liberalisierung der Energiemärkte, das Erdgasangebot und die Erdgasnachfrage im Europäischen Wirtschaftsraum, die Möglichkeiten der Technologie der $CO_2$-Abscheidung und -Speicherung und Fragen der internationalen Zusammenarbeit im Energiebereich.

Umwelt: Die Kommission schlägt eine Angleichung des geltenden EU-Systems für die Einstufung chemischer Stoffe und Gemische an das GHS (Globally Harmonised System) der Vereinten Nationen vor.

Justiz und Inneres: Die Kommission startet ein neues Programm für die Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl mit einem Budget von 380 Millionen Euro für den Zeitraum 2007-2013.

**25.-26. Juni**

Wettbewerbsfähigkeit: Die Forschungsminister der EU fassen einen politischen Grundsatzbeschluss zum Europäischen Technologieinstitut. Zudem erzielt der Rat Wettbewerbsfähigkeit politisches Einvernehmen über den modernisierten Zollkodex.

**26. Juni**

Erweiterung: Die Europäische Union trifft sich mit Ministern aus Kroatien und der Türkei zu Betrittskonferenzen. Es werden weitere Beitrittskapitel eröffnet – für Kroatien: Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungsverkehr (Kapitel 3), Gesellschaftsrecht (Kapitel 6), Finanzdienstleitungen (Kapitel 9), Informationsgesellschaft und Medien (Kapitel 10), Statistik (Kapitel 18) und Finanzkontrolle (Kapitel 32); für die Türkei: Statistik (Kapitel 18) und Finanzkontrolle (Kapitel 32).

**27. Juni**

Großbritannien: Der britische Schatzkanzler, Gordon Brown (Labour Party), löst Tony Blair als Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland ab.
Demokratie: Die Kommission nimmt einen Vorschlag an, mit dem die Gründung europäischer politischer Stiftungen zugelassen wird.

Erweiterung: Die Kommission veröffentlicht ihre Berichte über die Fortschritte Bulgariens und Rumäniens bei der Erfüllung der Begleitmaßnahmen, die die Kommission anlässlich des Beitritts beider Länder zur EU beschlossen hatte.

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommission verabschiedet eine Mitteilung über die künftige Gemeinsame EU-Afrika-Strategie.

Sozialpolitik: Die Kommission schlägt die Aufstellung von Flexicurity-Grundsätzen vor, um Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Arbeitszufriedenheit dadurch zu fördern, dass Flexibilität und Sicherheit für Arbeitnehmer und Unternehmen miteinander verbunden werden.

**27.-28. Juni**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Kommissarin für Außenbeziehungen, Benita Ferrero-Waldner, reist zu Gesprächen nach Neuseeland. Ziel des offiziellen Besuchs ist die Vorbereitung eines neuen Partnerschaftsrahmens für die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Neuseeland.

**28. Juni**

Sozialpolitik: In Potsdam feiern die Minister der EU das 50-jährigen Bestehen des Europäischen Sozialfonds.

Nachbarschaftspolitik: Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft veröffentlicht einen Bericht zur Weiterentwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Transparenz: Eine einzige Datenbank für die gesamte EU-bezogene Terminologie („InterActiveTerminology for Europe“) wird in 23 Sprachen öffentlich zugänglich gemacht.

**28.-29. Juni:**

Umwelt: Der Rat Umwelt nimmt eine Richtlinie zum Schutz von Masthühnern und eine Verordnung über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen an. Weitere Gesprächsthemen sind Abfälle, Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik und das Verbot der Ausfuhr und die sichere Lagerung von metallischem Quecksilber.

**29. Juni**

Die Rolle der Union in der Welt: Vertreter der Kommission und Zentralamerikas beginnen mit der Aushandlung eines Assoziierungsabkommens.

Klima: Die Kommission veröffentlicht ein Grünbuch zum Klimawandel. Dieses legt die Herausforderungen für Europa und Optionen für EU-Maßnahmen dar.

**30. Juni**

Die Rolle der Union in der Welt: Der deutsche Bundesaußenminister, Frank-Walter Steinmeier, kommt zu Gesprächen mit den Außenministern der fünf zentralasiatischen Staaten zusammen. Dabei diesem Treffen stellt er die unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft entwickelte EU-Zentralasienstrategie vor.

Binnenmarkt: Die EU-Roamingverordnung tritt in allen 27 Mitgliedstaaten in Kraft. Durch die Verordnung werden die Roamingentgelte gesenkt, die Touristen und Geschäftsreisende bisher bei der Nutzung ihres Mobiltelefons in anderen EU-Ländern zahlen mussten.

## Juli

**01. Juli**

Ratspräsidentschaft: Portugal übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft von Deutschland. Die Schwerpunkte von Ratspräsident José Sócrates für die nächsten sechs Monate sind in Einklang mit dem gemeinsamen Achtzehnmonatsprogramm der Ratspräsidentschaften Deutschland, Portugal und Slowenien der Reform- und Verfassungsprozess der EU, die Lissabon-Strategie, der Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie das gemeinsame außenpolitische Handeln der Europäischen Union.

Binnenmarkt: Die volle Öffnung der Strom- und Gasmärkte in der EU wird wirksam. Alle europäischen Bürger können (zumindest auf dem Papier) ihren Strom- und Gaslieferanten frei wählen.

Zoll: Die Europäische Gemeinschaft tritt der Weltzollorganisation bei.

**02. Juli**

Die Rolle der Union in der Welt: Auf der Afghanistan-Konferenz in Rom bestätigt die Kommissarin für Außenbeziehungen, Benita Ferrero-Waldner, die Bereitstellung von 200 Millionen Euro durch die EU zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit.

**03. Juli**

Justiz und Inneres: Die Kommission nimmt ihren zweiten jährlichen Bericht über die Umsetzung des Haager Programms mit einer Bestandaufnahme der Errungenschaften in den Politikbereichen Justiz, Freiheit und Sicherheit an.

**04. Juli**

Die Rolle der Union in der Welt: Die Europäische Union und Brasilien halten ihr erstes Gipfeltreffen ab. Im Mittelpunkt stehen die Gespräche über eine strategischen Partnerschaft.

Industrie: Die Kommission legt ihre Halbzeitbewertung der Industriepolitik vor.

Landwirtschaft und Fischerei: Die Kommission nimmt Vorschläge für eine umfassende Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Wein an.

**05. Juli**

Energie: Die Europäische Union und Brasilien unterzeichnen ein Rahmendokument für einen regelmäßigen energiepolitischen Dialog.

Energie / Verbraucherschutz: Die Kommission legt einen Vorschlag für eine Charta der Rechte der Energieverbraucher vor.

**10. Juli**

Euro: Der Rat Wirtschaft und Finanzen beschließt die Einführung des Euro in Zypern und Malta zum 1. Januar 2008. Ferner beraten die Minister über das Haushaltsdefizit der Tschechischen Republik und Ungarns.

Binnenmarkt: Die Kommission schlägt eine Überarbeitung der EU-Versicherungsvorschriften („Solvabilität II“) vor.

**11. Juli**

Sport: Die Kommission nimmt ein Weißbuch über Sport an.

Umwelt: Die Kommission nimmt ein Grünbuch über die Biogefahrenabwehr an.

**12. Juli**

Binnenmarkt: Die Kommission stellt eine Mitteilung über Maßnahmen zur Vereinfachung der Rahmenbedingungen für EU-Unternehmen in den Bereichen Gesellschaftsrecht, Rechnungslegung und Abschlussprüfung vor.

Bildung / Hochschule: Die Kommission nimmt einen Vorschlag über die Auflegung des künftigen Programms Erasmus Mundus für den Zeitraum 2009-2013 an.

Umwelt: Die Verordnung über grenzüberschreitende Abfallverbringung wird wirksam.

**13. Juli**

Haushalt: Der Rat Wirtschaft und Finanzen stimmt dem Entwurf für den Haushalt 2008 zu.

**16. Juli**

Euro: Die Kommission legt ihren fünften Bericht über die praktischen Vorbereitungen für die Euro-Einführung durch Zypern und Malta vor.

Landwirtschaft und Fischerei: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei kommt zu Gesprächen über die Reform des Weinsektors zusammen.

**17. Juli**

Energie: Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlaments ernennt vier Koordinatoren für Vorhaben im Energiebereich.

**18. Juli**

Medien: Die Kommission beschließt ihre Strategie für die Ausbreitung des Mobilfernsehens in den 27 EU-Mitgliedstaaten.

**23.-24. Juli**

Die Rolle der Union in der Welt: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen stimmt einem Abkommen mit den USA über die Weiterleitung von Passagierdaten von Airlines zum US-Department für Heimatschutz zu. Weitere Gesprächsthemen sind die EU-Meeresumweltpolitik, die Situation in Darfur und der Friedensprozess im Nahen Osten.

Verfassung: Am Rande des Rates Allgemeine Angelegenheiten eröffnen Repräsentanten der Mitgliedstaaten die Regierungskonferenz über den Entwurf eines Reformvertrages. Ziel ist der Abschluss der Verhandlungen im Oktober und das Unterzeichnen des neuen Vertrages im Dezember 2007.

Nachbarschaftspolitik: Der Assoziationsrat EU-Marokko kommt zu seinem sechsten Treffen zusammen.

**24. Juli**

Die Rolle der Union in der Welt: Der EU-Chile Assoziationsrat kommt zu seinem dritten Treffen zusammen, bei dem das Kooperationsprogramm 2007-2013 unterschrieben wird.

Südosteuropapolitik: In Brüssel findet das 4. Treffen des Stabilisierungs- und Assoziierungsrates zwischen der EU und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedoniens statt.